

Zürichsee-Zeitung

Obersee

ZRZ
Zürcher Regionalzeitungen



Marktgasse 22
8640 Rapperswil
Tel. 055 210 34 50
gesundundschlank.ch

Muttertag

Eine weibliche und eine männliche Sicht auf den Tag der Mütter.

SEITE 5

Kunst für alle

In Lachen werden Werke aus der Schwyzer Sammlung ausgestellt.

SEITE 7

Kunst im Stall

Nur mit Stiefeln: Auf einem Hof in Samstagern gibt es Kunst und Kühe.

SEITE 17



Es geht vorwärts in Sachen Meienberg

RAPPERSWIL-JONA. Lange war es ruhig um die Zukunft des Meienbergs. Bald könnte die Diskussion über Bauvorhaben in eine neue Runde gehen: Die Stadt lädt in den nächsten Tagen zum runden Tisch ein.

JOEL HANHART

In den letzten Jahren standen Bauvorhaben am Fusse des Meienbergs immer wieder in der Kritik. Verschiedene Anwohner und Gruppierungen, allen voran die IG Freiraum Meienberg, sahen das schützenswerte Ortsbild in Gefahr. Pläne wie die Um- und Einzonung der Parzellen im Dornacker wurden auf den öffentlichen Druck hin auf Eis gelegt.

Im Mai letzten Jahres forderte die IG die Stadt dazu auf, ein Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission einzuholen, damit dem Ortsbild bei Projektplanungen am Meienberg Rechnung getragen werden könne. Schützenhilfe erhielt sie dabei unter anderem vom Heimatschutz St. Gallen-Apenzell und dem Architekturforum Obersee. Diesbezüglich ist noch nichts geschehen. Gleichzeitig wurde ein runder Tisch mit kommunalen und kantonalen Planungsbehörden sowie Fach-



Bei der Diskussion um das Ortsbild Meienberg geht es unter anderem auch um die Grünfläche im Dornacker. Bild: Michael Grimm

gremien gefordert, um über die Entwicklung des Gebiets zu diskutieren.

Stadt lädt ein

Noch vor den Sommerferien könnte es so weit sein. Wie Hansjörg Goldener, Informationsbeauftragter von Rapperswil-Jona auf Anfrage verriet, wird die Stadt in den nächsten Tagen zum

runden Tisch einladen. Wann und mit wem er stattfinden soll, wollte Goldener indes noch nicht bekanntgeben.

Mit von der Partie ist mit Sicherheit die IG Freiraum Meienberg. Es ist allerdings fraglich, ob die Diskussion in dem Rahmen stattfindet, den sich die Interessengemeinschaft vor einem Jahr dafür vorgestellt hatte. Im letzten

Jahr hat sich herauskristallisiert, dass die Stadt alle involvierten Parteien am Tisch haben will – dazu gehören auch die Grundeigentümer.

Die Präsidentin der IG, Paola Brülisauer-Casella, zeigt sich deshalb verhalten optimistisch, was das bevorstehende Treffen angeht. Am Tisch wolle man einen Konsens mit der Stadt und den

Fachbehörden darüber finden, welche Abklärungen zu den bestehenden Ortsbild- und Landschaftsschutzvorschriften im gesamten Raum Meienberg nötig sind. «Zu diesem Prozess können die Grundbesitzer kaum fachlich beitragen», sagt Brülisauer-Casella. Gespannt auf die Gespräche sei man bei der IG aber natürlich trotzdem.

Wenig «Ja» zu Managed Care

BERN. Wäre vergangene Woche abgestimmt worden, hätten 44 Prozent ein Nein zur Managed-Care-Vorlage eingelegt.

Die gesetzliche Verankerung von Managed Care steht im Gegenwind. Das zeigt die im Auftrag der SRG erstellte Trendumfrage zur eidgenössischen Abstimmung am 17. Juni. Wäre vergangene Woche abgestimmt worden, hätten 44 Prozent Nein zu Managed Care gesagt. 33 Prozent hätten die Vorlage unterstützt. Fast jede vierte stimmberechtigte Person (23 Prozent) ist noch unentschieden. Die im Parlament noch mit einem Mehr verabschiedete Vorlage findet derzeit bei keiner Parteibasis eine zustimmende Mehrheit. Gesundheitsökonomien wie Holger Auerbach glauben an das Potenzial für die qualitativ bessere medizinische Versorgung durch Managed Care und die Hausärzte. Dies unter anderem, weil im heutigen System häufig eine sinnvolle Steuerung der Patientenfälle fehle. (sda/red) **Seiten 3 und 21**

Ärzte sind zu häufig Täter

BERN. Sexuelle Übergriffe in Arztpraxen kommen laut der Ärztesellschaft FMH zu häufig vor. Nun wollen sich die Ärzte in ihrer Standesordnung noch klarer dagegen aussprechen und den Patientinnen mehr Rechte zustehen. Schliesslich wird auch eine bessere Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde angestrebt. (ea/sda) **Seite 36**

Sieben Jahre Haft für Sadisten

WINTERTHUR. «Er hat klar in Kauf genommen, dass die Frau in grosse Gefahr geraten kann», sagte der Vorsitzende Richter. Das Bezirksgericht Winterthur hat den Mann, der eine Frau ohne deren Wissen im Internet zur Schlachtung angeboten hatte, gestern zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren verurteilt. Mit dem Inserat habe er sich der versuchten Anstiftung zur vorsätzlichen Tötung strafbar gemacht. Die Verteidigung hatte geltend gemacht, dass es sich um einen «Jux» gehandelt hatte, bei dem keine realen Folgen zu erwarten gewesen wären. Das Bezirksgericht sah es anders. Der 53-Jährige habe Hinweise gegeben, wie die Wohnung zugänglich sei. (og) **Seite 20**

Graf darf trotz Strafuntersuchung Zürcher Justizdirektor bleiben

ZÜRICH. Gegen den Zürcher Justizdirektor Martin Graf (Grüne) läuft eine Strafuntersuchung.

Ein Grundeigentümer aus Illnau-Effretikon hat den Zürcher Regierungsrat Martin Graf (Grüne) wegen Amtsmissbrauchs und Amtsgeheimnisverletzung angezeigt. Wie der Stadtrat von Illnau-Effretikon gestern Freitag mitteilte, geht es um ein Gesuch, das der private Grundeigentümer vor zwei Jahren eingereicht hatte. Graf war damals noch Stadtprä-

sident von Illnau-Effretikon. Im Herbst 2010 habe der Stadtrat beschlossen, eine gemeinsame Gebietsentwicklung erst an die Hand zu nehmen, wenn ein privater Grundeigentümer «seine Ausstände bei der Stadt aus einem anderen Verwaltungsbereich» beglichen habe, heisst es in der Mitteilung.

Unabhängigkeit garantiert

Dieser Entscheid sei dem Anwalt des Grundeigentümers mitgeteilt worden. Daraufhin habe die Privatperson gegen Martin Graf und Stadtschreiber Kurt

Eichenberger eine Strafanzeige wegen Amtsmissbrauchs und Amtsgeheimnisverletzung eingereicht.

Für Strafuntersuchungen gegen Amtspersonen ist laut Stadtrat eine spezielle Ermächtigung erforderlich. Diese sei Ende März vom Zürcher Obergericht erteilt worden. Um die Unabhängigkeit der Verfahrensleitung zu garantieren, hat der Regierungsrat für die Strafuntersuchung einen ausserordentlichen, ausserkantonalen Staatsanwalt ernannt. Das Mandat übernehmen werde der Oberstaatsanwalt des Kantons Solo-

thurn, Felix Bänziger, teilte die Regierung mit. Laut Regierungsrat hat Graf das Regierungsgremium über die Angelegenheit informiert. Nach Ansicht des Regierungsrates ist der Vorsteher der Direktion der Justiz und des Innern in seiner Amtsführung nicht eingeschränkt, heisst es in der Mitteilung.

Der Stadtrat von Illnau-Effretikon ist sich nach wie vor keiner Schuld bewusst, wie er betont. Er betrachte es als seine Aufgabe, mit der Verwaltung auch beim Inkasso von Ausständen zusammenzuarbeiten. (sda) **Seite 19**



Anzeige

Eine für alle



Jetzt abonnieren!
Telefon 0848 805 521 • abo@zsz.ch

Mehr Region. Zürichsee-Zeitung